

## Verantwortung übernehmen

Die CDU-Fraktion ist erstaunt über die „Schulduweisung“ des Bürgermeisters im Zusammenhang mit der Streichung von Mitteln für das Foyer des Gymnasiums, wie wir am Samstag in der Glocke lesen konnten.

Wir erinnern uns: der Haushalt 2015 wurde von CDU und SPD am Bürgermeister vorbei und gegen die Stimmen von FWG und den anderen Fraktionen beschlossen.

Die Botschaft von CDU und SPD lautete: Wir wollen die Steuern für den Bürger nicht weiter erhöhen, wir sparen bei den Ausgaben.

Anlass für die vom Bürgermeister beantragten Steuererhöhungen waren allerdings Ausgabenerhöhungen im Sozialbereich, die die Stadt Oelde in Millionenhöhe von Kreis, Land und Bund aufgebürdet bekommt. Und zusätzlich die Solidarumlage für das Land NRW in Höhe von fast 500.000 EUR, die Oelde seit diesem Jahr zu leisten hat.

Tatsächlich wurde durch CDU und SPD beim Haushaltsposten Instandhaltung von Gebäuden der Ansatz von 1,5 Mio. € auf 1 Mio. € reduziert. Unter diesen Haushaltsposten fallen auch Modernisierungen. Der Ansatz für Wirtschaftswege wurde ebenfalls zusammengestrichen.

Für eine dadurch abgemilderte Steuererhöhung ließen sich CDU und SPD gerne feiern. Schon drei Monate später ist es vorbei mit der Feierlaune.

Die CDU lehnt die Verantwortung für ihr Handeln ab. Dass Etatreduzierungen im Gegenwert von rd. 1 Mio. EUR für den Bürger spürbar werden, überrascht die CDU. Verantwortung für eine niedrigere Steuererhöhung ja, für die Konsequenzen aber nein.

Das Lieblingsthema der SPD ist Forum Oelde mit seinen vielfältigen Aufgaben. Aber selbst wenn z.B. das Kindermuseum im Vier-Jahreszeiten-Park geschlossen würde, könnten höchstens 200.000 EUR im Jahr eingespart werden. Dies ist zwar ein stattlicher Betrag, aber das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes kann Oelde aufgrund der miserablen Finanzausstattung durch das Land wie fast alle Städte und Gemeinden in NRW nicht mehr erreichen.

Wie hieß es im Kommentar der Glocke am 16. Dezember: „Jetzt ist es Zeit. Die nächste Etatverabschiedung steht erst in einem Jahr an, die nächsten Wahlen in noch fernerer Zukunft.“

Seit der Haushaltsverabschiedung ist ein Vierteljahr vergangen. Die von der CDU eingeforderte Verwaltungsstrukturkommission kommt nicht ans Arbeiten, weil die Haushaltsmehrheit aus CDU und SPD nicht willens ist, einen Themenkatalog zu präsentieren, der gemeinsam mit den anderen Fraktionen abgearbeitet werden könnte.

Nach Auffassung der FWG-Fraktion war die Zusammenarbeit mit CDU und SPD noch nie so schlecht wie in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode. Es ist höchste Zeit, zu einer sachlichen Zusammenarbeit zurück zu finden.